

# Vom Drama der Finanzen bis zum Galgenhumor

## Defizite im Kreishaushalt sind durch Gesetze und Verordnungen vorgegeben

**Der Kreistag Limburg-Weilburg verabschiedete gestern in der Stadthalle Hadamar einen Doppelhaushalt 2001/2011 mit einem Defizit von rund 55 Millionen Euro.**

■ Von Bernd Lormann

**Limburg-Weilburg.** Mit einer an Deutlichkeit kaum zu steigenden Kritik an der Umverteilung der Finanzen zwischen Bund, Land und Kommunen zum Nachteil der Landkreise und der Gemeinden haben gestern nahezu alle Sprecher der Fraktionen in der Sitzung des Kreistages Limburg-Weilburg in der Stadthalle in Hadamar auf die unverschuldeten Defizite in Höhe von 21,4 und 33,5 Millionen Euro in den Jahren 2010 und 2011 im Kreishaushalt hingewiesen. Der Kreishaushalt als Doppelhaushalt für zwei Jahre wurde bei jeweils sieben Gegenstimmen (FWG und Linke) mit großer Mehrheit von CDU, SPD und FDP beschlossen.

Der Ergebnis-Haushalt für 2010 weist Erträge von 145,136 Millionen Euro und Aufwendungen von 166,593 Millionen Euro auf. Im Haushaltsjahr 2011 stehen Erträgen von rund 137,848 Millionen Euro Ausgaben in Höhe von 171,441 Millionen Euro gegenüber.

CDU-Fraktionsvorsitzender Joachim Veyhelmann sagte zu Beginn der Haushaltsdebatte, die Art des Zustandekommens des Defizites bereite Sorgen. Die Fehlbeträge seien durch Gesetze und Verordnungen vorgegeben, auf die der Kreis keinen Einfluss habe. Veyhelmann erwähnte die Aufwendungen von 40 Millionen Euro im Sozialbereich, 13 Millionen Euro für den Bereich Jugend, die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband mit 23 Millionen Euro und die Schülerförderung mit rund 6,5 Millionen

Euro. Dank des Konjunkturprogrammes sei es aber möglich, in die Bildung zu investieren. Damit könnten 28,5 Millionen Euro für Bau- und Sanierungsarbeiten an Schulen sowie 13,3 Millionen für die Jugend bereitgestellt werden. Um dies alles finanzieren zu können, komme der Kreis nicht umhin, die Kreisumlage um ein Prozent in den nächsten zwei Jahren zu erhöhen.

Stets würden, so Veyhelmann, Einsparungen bei den Personalkosten gefordert. Die Aufgaben für das Personal seien gestiegen, eine Reduzierung sei nicht möglich. Mit einer Personalkostenquote von 15,5 Prozent stehe der Kreis in Hessen sehr gut da. Veyhelmann erneuerte seinen Appell an Bund und Land, Gesetze auf ihre Standards zu überprüfen. Der CDU-Fraktionschef sprach von der größten finanziellen Herausforderung seit Bestehen des Kreises Limburg-Weilburg. Deshalb sei es gut, wie vom Landrat vorgeschlagen, fraktionsübergreifend eine Kommission zu bilden, die sich mit der Haushaltskonsolidierung und Einsparmöglichkeiten beschäftigen soll.

### Geld für Kinderbetreuung

Das Drama der Finanzen habe eine Dimension erreicht, in der über Streichlisten von 1000 oder 1500 Euro nicht mehr diskutiert werden könne, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Frank Schmidt. Hinter diesen Zahlen, so meinte Schmidt, stünden auch stets Menschen. Schmidt verteidigte die Maßnahme, rund 1,8 Millionen Euro an Überschüssen aus der Hartz-IV-Regelung der Kinderbetreuung im Kreis zugute kommen zu lassen. Der Kreis sei die Schaltstelle zwischen Sozialaufgaben, Kinderbetreuung und Schule. Deshalb sei es eine Fehlentscheidung, wenn bei

Bund und Land dafür Geld herausgenommen werde. Die Folgen kämen dann wieder unten bei den Kommunen an. Während sich die verantwortlichen Kommunalpolitiker und Bürger auf der unteren Ebene krumm legten, werde in Berlin eine Mehrwertsteuersenkung zu Gunsten von Hoteliers beschlossen, kritisierte der ehemalige Bundestagsabgeordnete Frank Schmidt. Das Wegbrechen der Finanzausstattung bei den Kommunen habe ein Wegbrechen der Bildung zur Folge.

FWG-Fraktionsvorsitzender Albrecht Fritz meinte, es seien im Haushalt keine Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten erkennbar. Kritisch äußerte sich Fritz zu einer Bevorratung von 70 Stellen. Wenn gespart werden solle, dann müssten diese Stellen gestrichen werden. Die Zeche zahlten anschließend die Bürger, weil immer mehr von oben nach unten verteilt werde. Die Folge sei die Zunahme der Privatinsolvenzen bundesweit. Fritz sprach auch vom Gebaren des Kreisbauamtes, weil dort nicht alle Spielräume für die Bürger umgesetzt worden seien. Es sei bereits Menschen die Existenzgrundlage zerstört worden, weil sie in ihren Dörfern wegen finanziell unerfüllbaren Auflagen Gaststätten schließen müssten. Dorfgaststätten hätten eine wichtige soziale Aufgabe. Was die Finanzen allgemein betreffe, so müsse eine Gemeindefinanzreform dringend herbeigeführt werden. Der soziale Frieden werde auf eine harte Probe gestellt, zumal das Land an den Schlüsselzuweisungen an die Kommunen Abstriche vornehme. Weil eine solide Haushaltsplanung nicht erkennbar sei, werde die FWG dem Etat nicht zustimmen.

Jürgen Deuster (Grüne) bekannte Galgenhumor, weil der Haushalt im freien Fall sei. Dies aber nicht

nur im Kreis Limburg-Weilburg. Weil die finanziellen Schätzungen ungewiss seien, sei auch der Doppelhaushalt nebulös. Offenbar habe man mit einem Doppelhaushalt noch vor der Kommunalwahl im Jahr 2011 Planungssicherheit herstellen wollen. Die FDP im Bund treibe mit Steuersenkungen eine skrupellose Klientel-Politik. Was die FDP im Kreis betreffe, könne sie auch etwas für Steuergeschenke tun, indem sie auf ihre Plätze im Kreistag wegen Nichtstun verzichten. Begrüßt werden von den Grünen die zusätzlichen Investitionen des Kreises für erneuerbare Energien, aber hier bestehe weiterer Nachholbedarf. Trotz Vorbehalten werden die Grünen aber dem Etat zustimmen, sagte Deuster.

Bernd Steioff („Die Linke“) meinte, weil keine Planungssicherheit bestehe, könne er dem Doppelhaushalt 2010/11 nicht zustimmen. Kritik übte Steioff, weil jährlich rund 40000 Euro für eine Beteiligung an der Gesellschaft „FrankfurtRhineMain-Corp“ in Chicago gezahlt werde, und keiner wisse, wofür. Reimund Benack („Die Linke“) kritisierte, dass Überschüsse aus der Hartz-IV-Regelung nicht an Betroffene, sondern allgemein für die Kinderbetreuung ausgegeben werde.

Gerhard Würz (FWG) verurteilte Bund und Land, die seit Beginn der Wirtschaftskrise keine Maßnahmen ergriffen hätten, um die Kommunen von Lasten zu befreien. „In fünf Jahren haben wir griechische Verhältnisse“, sagte Würz.

Landrat Michel (CDU) verteidigte die Beteiligung an der „FrankfurtRhineMain-Corp.“, weil diese dazu ver helfe, im Ballungsraum Rhein-Main und damit auch in der Nähe zum Kreis mit der Ansiedlung von Firmen Arbeitsplätze schaffen.